

Politische Akteure in Belgien und die europäische Verteidigungspolitik

Georges Spriet, Vrede vzw¹

Zusammenfassung

Im Großen und Ganzen sind die parlamentarischen Parteien und die politischen Akteure in Belgien hinsichtlich ihrer europäischen Verteidigungspolitik einer Meinung. Alle glauben sie, dass die Außenpolitik der EU nur dann effizient sein kann, wenn sie mit glaubhaften Kapazitäten in der Verteidigungspolitik verbunden wird. Die zivile Seite von Krisenmanagement wird weitgehend akzeptiert, allerdings bleibt die militärische Intervention aus deren Sicht der Eckpfeiler jeder Sicherheitspolitik. Zudem sind sich alle einig, dass der Weg nur über gemeinsame Anstrengungen von EU und NATO gehen kann.

Ein bunteres Bild hinsichtlich dieser Thematik zeigt sich bei der Friedensbewegung: Es gibt Gruppierungen, die eine europäische Armee an sich ablehnen, während andere die Rolle des Militärs auf die Verteidigung der jeweiligen Landesgrenzen einschränken wollen. Schließlich existieren auch Bewegungen, die das Militär als das äußerste oder letzte Instrument begreifen, um gegenüber „Friedensbrechern“ zu intervenieren. Allgemein gesprochen betrachten alle diese Facetten der belgischen Friedensbewegung (d.h. sowohl in Flandern, als auch im französisch sprechenden Teil Belgiens sowie pazifistische und christliche Friedensaktivisten oder stärker „politische“ Bewegungen) „menschliche Sicherheit“ (human security) als sinnvolles alternatives Konzept. Auch wenn manche warnen, dass der Bezug auf dieses Konzept die Schwelle für Intervention senken könnte.

Das politische Umfeld

Die belgische Regierung ist stets dafür bekannt gewesen, der EU gewogen zu sein. Dies klingt relativ normal für ein kleines Land, das von Anfang an, an der Entstehung der europäischen Architektur beteiligt war (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl/EGKS als Tor für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft/EWG, die Europäische Gemeinschaft/EG und nun die Europäische Union/EU). Belgien ist der Gastgeber einiger europäischer Institutionen und beheimatet gleichsam direkt daneben – seit diese 1966 aus Frankreich verlagert werden mussten – auf seinem Boden NATO Hauptquartiere (allgemeine Hauptquartiere sind in Brüssel-Evere, militärische Hauptquartiere in Casteau Mons). Die belgische Präsidentschaft der Europäischen Union endete in der zweiten Hälfte des Jahres 2001 mit der Einrichtung des Europäischen Konvents. Dieser Konvent arbeitete unter einem belgischen Vize-Präsidenten, dem ehemaligen Premierminister und aktuellem Mitglied des Europäischen Parlaments Jean-Luc Dehaene und brachte den Text für die Europäische Verfassung hervor, welcher in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Mai 2005 abgelehnt wurde.

Höchstwahrscheinlich können sich die meisten an den so genannten „Brüssler-Pralinen-Sommer“ im April 2003 erinnern, in dem Belgien zusammen mit Frankreich, Deutschland und Luxemburg dazu aufrief, die Entwicklung einer militärischen europäischen Verteidigung zu forcieren. Die Lösung für die aktuelle politische Krise der Union sieht die belgische Regierung in einer Union der zwei Geschwindigkeiten: Ein umfassenderer europäischer Wirtschaftsraum mit verschiedenen Kreisen von intensivierter Kooperation und Einigung – einzelne Bereiche wie Verteidigung betreffend.

Die Strategie wurde jedoch vom Europäischen Parlament offiziell widerrufen um einen „Europa-durch-Projekte“-Ansatz zu wählen, der die Zeit bis zur Lösung der aktuellen Sackgasse der Verfassungsgebung in 2009 überbrücken soll. In der Zwischenzeit ist jedoch die Europäische Sicherheitsagentur in Brüssel bereits mit einigen hundert Mitarbeitern operativ tätig.

Belgien ist kein richtiger „big player“ in der Rüstungsindustrie, auch wenn Belgien mit FN Herstal – 100%iger Anteilseigner ist die wallonische Regionalautorität – einen Spitzenplatz bei der Produktion von Kleinwaffen einnimmt. Die Luftfahrtindustrie nimmt über OCCAR an einzelnen Entwicklungen in diesem Gebiet teil. Flandern wiederum besitzt keine wirkliche Rüstungsindustrie, sondern zahlreiche

¹ Übersetzung und Bearbeitung: Susanne Fischer

mit der Rüstungsindustrie verwandte Industrien: Bildschirme und Bedienungsanzeigen für Waffensysteme, Nachsicht- und weiteres optisches Gerät und elektronische Bauteile für EADS-Systeme. Belgien steht jedoch an der Spitze der Liste des Verbots von Anti-Personen-Minen (die betreffende belgische Produktion hat einige Jahre zuvor geendet) und nun – im Jahr 2006 – wurde einem Gesetz zugestimmt, das sich für das Verbot von Clusterbomben ausspricht; und zwar trotz eines Produktionszentrums mit Forges de Zeebruges in Herstal (Liège).

Die Regierung

Die zwei zentralen Funktionen der belgischen Koalitionsregierung, der Premierminister und der Außenminister, werden von den Flämischen Liberalen und Demokraten (VLD) ausgefüllt. Diese vertreten folgende Position: „Eine mächtige Außenpolitik basiert zum großen Teil auf einer gut funktionierenden Verteidigung. Belgische Verteidigungsaufgaben liegen in den Bereichen Krisenmanagement, Peacekeeping, Operationen humanitärer Natur und Aufgaben im Rahmen der Nation. Im Institutionengeflecht aus UN, NATO, OSCE und EU ist unser Land ein loyaler Partner und erfüllt seine Pflichten und Versprechen. Eine auf Dauer entwickelte gemeinsame Europäische Sicherheitspolitik ist von größter Bedeutung. Als einer der Gründungsväter der NATO sollte Belgien sich um einen gleichwertigen europäischen Pfeiler innerhalb der Allianz bemühen. Eine so genannte Gemeinsame Außenpolitik der EU und die NATO sind komplementär. (...) Die belgischen Truppen werden gut ausgebildet sein, sind über weite Distanzen rasch verlegbar und sind mit modernem Material höchster Qualität ausgerüstet. Um multilateral einsetzbar zu sein, bemüht man sich um zunehmende Spezialisierung und langsame oder unrentable Bereiche werden abgebaut. Die Europäische Verteidigungsagentur soll bei der Auswahl und dem Zukauf von neuem Material unterstützend wirken.“

Die Analyse der aktuellen belgischen Regierung (einer Koalition aus Liberalen und Sozialdemokraten) trifft sich problemlos mit der europäischen Richtlinien – dem so genannten Solana-Schreiben: „Aktuelle Bedrohungen sind weniger sichtbar und konkret. Neue Bedrohungen entstehen – nämlich scheiternde Staaten, internationaler Terrorismus, Massenvernichtungswaffen. Um Frieden zu bewahren ist Respekt für Menschenrechte, grundlegende Freiheiten und Demokratie genauso wichtig wie die Berücksichtigung militärische Bedrohungen. Nachhaltiger Friede und Stabilität können nicht ohne wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden. Dies legt einen umfassenden, durch verschiedene Bereiche hindurch laufenden Sicherheitsansatz nahe. Zivile Instrumente im Rahmen von Krisenmanagement sind unverzichtbar wenn zu Stabilisierung und Wiederaufbau beigetragen werden soll – wie man in ehemaligen Konfliktzonen wie Afghanistan oder Kosovo erkennen kann.“

Unter zivilen Instrumenten wird folgendes verstanden: Unterstützung des juristischen Apparates, Beratung und Reform der rechtlichen Prozesse etc.

Die belgische Regierung möchte, dass der europäische Pfeiler der NATO gründlich und in vollständiger Symbiose mit der europäischen Verteidigungspolitik entwickelt wird. Die NATO-Reform sollte den umfassenden politischen Richtlinien folgen, die – abgesehen von der zentralen Aufgabe der kollektiven Verteidigung (art. 5 NATO Charta) – festlegen, dass die Allianz in Bereichen wie Konfliktprävention, Krisenmanagement, militärische Unterstützung für Stabilisierung und Wiederaufbau sowie humanitäre Aktionen aktiv sein sollte. Die bedeutet, dass die NATO für Interventionsoperationen vorbereitet sein sollte.

Der belgische Außenminister, Karel de Gucht, sagte folgendes im Parlament: „Belgien wird zusammen mit seinen Partnern eine neue europäische Sicherheitsarchitektur in Koordination mit allen betroffenen Institutionen entwickeln; der NATO, der EU und der OSZE. Die Regierung unterstützt die neue Nordatlantische Allianz, die auf zwei zentralen Säulen ruht; einer Europäischen und einer Nordamerikanischen. Die Allianz braucht klare Perspektiven: Auf der einen Seite eine Ausweitung der Aufgaben in Richtung Krisenmanagement und Friedensoperationen (als Beitrag zum Weltfrieden mit einem UN-Mandat), auf der anderen Seite Synergieeffekte zwischen den Verteidigungskapazitäten von NATO und EU (dies beinhaltet die Nato Response Force und die Rapid Reaction Forces der EU, an

denen sich Belgien beteiligen wird). Die Globalisierung der Rolle der Allianz bedeutet ein mehr an „out-of-area“-Einsätzen (Afghanistan, Darfur) und an humanitären Missionen (Hurrikan Catherina in den USA, Erdbeben in Kashmir). Die enge Verbindung zu den UN muss fortgeführt werden. Die NATO ist keine regionale Organisation, sie arbeitete stets nur innerhalb des Rahmen der UN.“

Die letzte Äußerung ist jedoch ein wenig seltsam. Der Minister vergisst wohl die jüngste Vergangenheit relativ leicht: Im Jahr 1999 bombardierte die NATO – mit der Beteiligung und dem Rückhalt Belgiens – Belgrad ohne ein Mandat der UNO. Darüber hinaus reihen sich die Beschreibungen der EU in die der NATO ohne weiteres ein („die Operationen basieren auf den Prinzipien der Charta der UNO“); und das, während man fürchten muss, dass jeder die Prinzipien auf seine eigene Weise deutet.

Zu möglichen Spannungen zwischen EU und NATO formuliert der Minister weiter: „Eine Fortentwicklung Europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor dem Hintergrund der Reform der NATO ist wichtig. Diese Entwicklung steht nicht im Gegensatz zu der neuen Rolle der NATO. Im Gegenteil: Je stärker die europäische Säule, desto stärker die NATO. Auf diesem Wege haben wir die Möglichkeit, Überlappungen bei den Aufgaben und eine Verschwendung bei den Mitteln zu vermeiden. Je effizienter die EU, desto mächtiger wird die Allianz sein. Ich bin überzeugt, dass sowohl die USA als auch die EU ein vitales Interesse haben, ihre Streitkräfte zusammen zu führen, um ihre gemeinsamen Ziele, Frieden, Stabilität, Wohlfahrt und Gerechtigkeit in der Welt, zu erreichen.“

Kritik von Seiten der Sozialdemokraten

Der Minister für Verteidigung, André Flahaut von der Parti Socialiste, unterstützt seinen liberalen Kollegen für äußere Angelegenheiten voll und ganz. Während eines Kolloquiums, das die Brüssler Groupe des Recherche et d' Investigation sur la Paix (Grip) organisiert hat, äußerte sich sein „Kabinettsleiter“, Rigébeau, jedoch weniger entsprechend dieses Konsenses. „Für uns ist die NATO kein globaler Akteur. Warum sollten wir die NATO favorisieren, während so viele Staaten schlicht Mitglieder der EU sind – einer Organisation, die eben nicht nur militärische Ziele hat. Wir haben wirklich einige Fragen, wenn einige unserer Verbündeten die NATO als Weltpolizist betrachten. Sollte die NATO in Afghanistan, Irak und Darfur aktiv sein? Ist das nicht eine Aufgabe der UNO?“ Er fragte zudem warum die NATO einzelne Einsatzorte auswählt und in anderen Regionen abwesend ist. „Einige Verbündete wollen ein größeres Engagement in Darfur. Wir Belgier haben enge Verbindungen mit dem Kongo. Opfer des kongolesischen Bürgerkrieges betreffen uns ebenso wie andere Opfer. Warum hat die NATO also ein Interesse am Sudan, aber nicht am Kongo? Wir fühlen uns ein wenig verlassen mit unserer Position.“ Und weiter sagte der Leiter des Verteidigungsministeriums Rigébeau: „Die strategische Option, immer mehr Fähigkeiten zur raschen Reaktion anzuschaffen, ist bedenklich. Warum müssen wir ausziehen und mit Waffen Demokratien auf der anderen Seite der Welt verteidigen? Wir sind zwar nicht gegen solch eine Idee an sich, aber wir würden es sehr schätzen, wenn die Gründe hier ausführlicher dargelegt würden.“

Im Dezember 2005 weigerte sich Minister Flahaut das Budget für die NATO zu akzeptieren. Dies war ein Zeichen dafür, dass er möglicherweise nicht mit der aktuellen Finanzpolitik übereinstimmt. „Das Budget ist zu unpräzise und stets wird mehr Geld benötigt“, führte Rigébeau fort. „Alle diese Operationen im Ausland sind sehr kostspielig. Wir sehen den Druck wachsen, die gesamte Operation mitzufinanzieren. Eine solche Rechnung stellen alle außer einem Verbündeten an. Dieser Verbündete trägt nur zwei Drittel von dem bei, was er sollte, wenn man entsprechend der ökonomischen Ausgangsposition gewichtet. Paradoxerweise bezahlen kleine Länder mehr als ein großes Land. Sie nennen das Solidarität? Da sind wir anderer Meinung.“

Die gleiche Meinung herrscht in der Flämisch Sozial-Demokratischen Partei (SP.a.) vor. In einem einer Konferenz vorausgehenden Papier erfasste der Parteipräsident Johan Vande Lanotte das Thema folgendermaßen: „Eine Umwandlung der NATO in eine internationale Feuerwehr unter amerikanischer Führung ist sinnlos und nicht akzeptabel.“ In der ersten Maihälfte 2006 äußerte sich der Fraktionsvorsitzenden im Parlament, Dirk Van der Maelen, in vergleichbarer Hinsicht: „Wir

lehnen eine NATO ab, die ein Element eines weltweiten Netzes im Dienste der Politik Washingtons ist.“ In der Presse wurde er mit folgender Aussage zitiert: „Wir können die Reformpläne, die die USA für die NATO konzipiert haben, nicht akzeptieren. Washington will, dass die NATO in seinem weltweiten Verteidigungsnetz integriert wird und dass dieses Netz zu einem Weltpolizisten entwickelt wird.“ Er fährt folgendermaßen fort: „Der amerikanische Ansatz der Konfliktlösung tendiert zu stark in Richtung militärischer Lösungen und zudem besteht die Gefahr, dass wir innerhalb einer neuen NATO völlig absorbiert werden. Die USA wollen die bestehenden Hürden für die NATO abbauen, die in Budgetgrenzen und in dem Mangel eigener Militärkapazitäten bestehen. Darüber hinaus könnte eine Weiterentwicklung der NATO auf Kosten der internationalen Rolle der Vereinten Nationen geschehen. Eine NATO, die eine halbe UNO ist – das entspricht nicht unserer Zukunftsvision. Daher plädieren wir für eine NATO, die auf zwei Säulen basiert, einer Europäischen und einer Amerikanischen, die ihre eigenen Entscheidungsmechanismen besitzen. Das ist der einzige Weg zu garantieren, nicht mit in amerikanische Abenteuer hinein gezogen zu werden.

In einer öffentlichen Debatte, die die belgische Friedensbewegung mit vier politischen Parteien (PS, CdH, Ecolo und MR) aus dem französisch sprechenden Teil Belgiens abgehalten hat, war es deutlich, dass sich die politischen Vertreter in ihrer Position gegenüber der NATO einig waren. Einige betonten mehr die Charta und den defensiven Charakter der Allianz und ließen so die aktuelle Situation und Strategie außen vor – nämlich die Rolle von Interventionen (siehe Bosnien, Kosovo, Serbien und das so genannte Neue Strategische Konzept von 1999). Die Tatsache, dass die NATO – mit aktiver Beteiligung Belgiens – gegen das ehemalige Jugoslawien einen Krieg ohne UN-Mandat geführt hat, wird als Ausnahme beiseite geschoben. Die Akteure scheinen die NATO tatsächlich als bloße Verteidigungsallianz wahrzunehmen. Der nukleare Charakter der NATO wird nur von den Grünen-Politikern der Ecolo-Partei in Frage gestellt. Die drei anderen Parteien wiederholten stets, dass die NATO „nicht als erstes die Nuklearwaffen abschaffen darf“.

Der Fraktionsvorsitzende der Flämischen Sozialdemokraten, Dirk Vander Maelen, sagt ganz offen dass Belgien den Mut haben sollte, offen auszuführen, welche Interessen Belgien mit den USA verbinden und welche Interessen Belgien und die USA trennen. Seiner Ansicht nach ist es wesentlich, dass Europa ein umfassendes Konzept entwickelt, in dem Unterstützung, Handel, Diplomatie und militärische Macht integrative Elemente einer strukturellen Präventionspolitik und globaler Stabilisierung darstellen. Die Union sollte zudem politische Partnerschaften im Rahmen der Vereinten Nationen bevorzugen. Drittens muss die Anwendung von Gewalt im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie als ultima ratio gelten. Sie kann nur dann angewendet werden, wenn die Vereinten Nationen grünes Licht geben.

Die Christdemokraten

Die CD&V ist eine erfahrene Regierungspartei Belgiens. Über mehrere Jahrzehnte stellte die Partei den Premierminister, bis sich vor acht Jahren die Regierungskoalition aus Liberalen und Sozialdemokraten formierte. Der ehemalige Chef, Jean Luc Dehaene MEP, war Vize-Präsident des Europäischen Konvents, welcher den Text für die Europäische Verfassung entwickelte.

Diese Partei teilt die Sicht der gegenwärtigen Regierung vollständig und hat einige Schwierigkeiten mit der Kritik des Kabinettleiters des französisch sprechenden sozialistischen Verteidigungsministers. Deren Parteiprogramm für die Europäischen Wahlen formulierte nämlich folgendes: „Die Kernaufgaben Europäischer Außenpolitik bestehen darin, Frieden und Stabilität in der Welt zu erreichen und Demokratie und Respekt für Menschenrechte zu fördern.“ Sie wollen ein Europäisches Friedensinstitut aufbauen um die öffentliche Unterstützung für eine gemeinsame EU Politik zu steigern und deren Instrumente zu entwickeln.

Eine effiziente Europäische Außenpolitik muss von glaubwürdigen Kapazitäten in der Verteidigungspolitik begleitet werden. Die jüngsten globalen und regionalen Konflikte (Irak, Kosovo...) überzeugten diese Partei von der Notwendigkeit, eine gemeinsame Verteidigung zu entwickeln. Diese sollte der Union ermöglichen, rasche und effektive Interventionen durchzuführen –

und zwar erstens in den Bereichen humanitärer Hilfe, Peacekeeping und Krisenmanagement, aber langfristig auch um die Verteidigung des europäischen Territoriums vor Angriffen von Außen zu gewährleisten. Eine glaubhafte Verteidigungspolitik braucht eine Union, die über die notwendigen Kompetenzen, Strukturen und Mittel verfügt, d.h. flexible Entscheidungsprozesse im Rat, funktionierende Prozesse für engere Zusammenarbeit, ausreichende Finanzierung für eine bessere Koordination nationaler Beiträge, eine gemeinsame Verteidigungsstruktur, eine engere Kooperation zwischen NATO und EU – was auf lange Sicht auf eine eigenständige Vertretung der EU innerhalb der Allianz hinauslaufen sollte.

Die grünen Parteien

Nach der so genannten Dioxin-Krise 1999, in welcher die belgische Regierung für ihr lässiges Eingreifen und die schlechte Kommunikation gegenüber der Bevölkerung hinsichtlich des Problems der Nahrungssicherheit beschuldigt wurde, verzeichneten die flämischen und französisch sprachigen Grünen einen hohen Zugewinn bei den Wahlen und traten schließlich der neuen Regierungskoalition bei. In den Wahlen im Jahr 2003 verloren sie jedoch zahlreiche Stimmen und die flämischen Grünen „verschwanden“ sogar aus dem Parlament.

Beide Grünen-Parteien Belgiens favorisieren eine klare gemeinsame Außenpolitik der Union. Sie glauben, dass die nationalen Interessen einzelner Mitgliedstaaten mögliche Fortschritte innerhalb der EU im Hinblick auf die Irak-Frage verhindert haben. Das ist auch der Grund, warum die EU ihrer Meinung nach eine wichtige Gelegenheit, eine aktivere Rolle auf dem internationalen Parkett zu spielen, verpasst hat. Gleichzeitig sei dies auch der Grund, warum unilaterale Militärmaßnahmen zu viel Raum eingenommen hätten. Dies halten die Grünen für nicht akzeptabel.

Die reichhaltigen europäischen Erfahrungen bei der Bearbeitung von Konflikten und mit unterschiedlichen Kulturen sollten effektiver für einen alternativen Ansatz gegenüber der unilateralen Vision von Sicherheitspolitik bei internationalen Problemen – wie beispielsweise Terrorismus – genutzt werden. Die Grünen lehnen ein Europa als militärische Supermacht ab, wollen jedoch eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik für eine europäische Zivilmacht schaffen. Hierfür bedarf es jedoch einem mehr an multilateraler Zusammenarbeit und die Vorherrschaft des internationalen Rechts und der Gerichtsbarkeiten.

Die Grünen wollen einen europäischen Außenminister, der dem Europäischen Parlament verantwortlich ist und sein Amt abgibt, wenn ihm das Europäische Parlament das Misstrauen ausspricht. Alle Nuklearwaffen sollen aus Europa „verschwinden“; Frankreich und Großbritannien sollten den Non-Proliferations-Vertrag, der insbesondere nukleare Abrüstung betrifft, respektieren. Die europäischen Interventionstruppen sollten ihre Missionen und ihre geographischen Szenarien auf Grundlage eines klar definierten strategischen europäischen Sicherheitskonzepts entwickeln. Militärische Interventionen bedürfen zudem stets eines UN-Mandats.

Alternativen zu den parlamentarischen Parteien?

Innerhalb der belgischen parlamentarischen Sphäre gibt es keine fundamentale Ablehnung der gegenwärtigen Entwicklungen im Bereich Sicherheit. Dennoch gibt es Unterschiede in den Hervorhebungen – so bevorzugen einige Gruppierungen beispielsweise eine größere Berücksichtigung von Präventionsmaßnahmen. Auch andere Idee werden immer wieder genannt: ein europäisches Friedensinstitut, ein europäisches Zentrum für Gewaltprävention oder eine Zwei-Säulen-NATO (EU und USA) mit doppelt angelegten Entscheidungsinstrumenten. Wahrscheinlich sind es die Grünen, die am meisten „anders denken“, indem sie ein ziviles Friedenskorps befürworten, das auf nicht-militärisches Konfliktmanagement spezialisiert sein soll.

Die alte, tief verwurzelte und bedingungslose Freundschaft mit den USA scheint zu welken. Die Zeiten, als belgische Politiker wie Paul Henri Spaa – dessen „Nous avons peur“-Rede bei der UNO den Weg zur Gründung der NATO geebnet hat – oder wie Willi Claes, NATO Generalsekretär, an der Macht waren, sind (definitiv?) vorbei.

Aus meiner Sicht ist der auffälligste Trend jedoch, dass alle Parteien in diesem belgischen Parlament mehr oder weniger und auf diese oder die andere Weise, für militärische Interventionen stimmen. Die Union wird – „natürlich“ – nur Interventionen, die mit dem Weltfrieden oder der humanitären Situation von Menschen in Verbindung steht – und nur als wirkliche ultima ratio – erlauben. Zumindest ist es das, was uns Belgiern gesagt wird.

Ich kann ein gewisses Unbehagen im Hinblick auf das eurozentrische Verhalten moralischer Überlegenheit, das die europäischen Eliten antreibt, nicht unterdrücken. Auch muss ich mich immer wieder an Clintons Worte vor der UN-Generalversammlung erinnern: „Die Welt sieht viele Gewaltkonflikte und die internationale Gemeinschaft kann nicht überall handeln. Wir müssen eine Wahl treffen.“

Wir befürchten, dass die Wahl auf der Grundlage der ökonomischen und geostrategischen Interessen der „big player“ der Politik, erfolgt.

Die Friedensbewegung

Die Struktur der belgischen Friedensbewegung kann entlang zweier „Achsen“ dargestellt werden: eine ideologische und eine sprachliche Achse. Die Teilung auf Grund sprachlicher Differenzen ist nun seit mehreren Jahrzehnten Realität. Auf beiden Seiten der sprachlichen Grenze wird man ähnliche Strömungen finden, auch wenn die flämisch-nationalistische Friedensorganisation über kein französisch sprachiges Gegenstück verfügt. Die Gründung letzter genannter Organisation geht auf die Sprachprobleme in der belgischen Armee während des ersten Weltkrieges zurück. Der Bruch zwischen den französisch sprachigen und den flämischen Rängen führte zur Bildung einer Doppelstruktur in den Bewegungen.

Es gibt mehrere ideologische Richtungen in der Friedensbewegung: Eine Bewegung gegen Gewalt, die christliche Friedensbewegung und eine stärker politische Strömung, die den Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen Gründe von Krieg und Frieden legt. Zusätzliche dazu entstand mit dem Bombardement Belgrads 1999 eine neue Anti-Kriegs-Bewegung und eine klare Anti-Washington-Gruppierung.

Die erfolgreichen Projekte gegen den Krieg in Afghanistan und insbesondere Irak wurden von einer großen Anzahl sozialer und soziokultureller Bewegungen organisiert. Daran nahmen unter anderem auch alle oben beschriebenen Gruppen teil.

Ein zentrales Unterscheidungsmerkmal für die verschiedenen Friedensgruppen betrifft deren unterschiedliche Haltung gegenüber Streitkräften – sowohl nationalen wie supranationalen Streitkräften.

Die Bewegung gegen Gewalt lehnt prinzipiell alle Waffen ab. Sie sind Mitglieder der Internationalen Anti-Kriegs-Bewegung. In Flandern sind diese im Kampf gegen Nuklearwaffen, Waffenhandel und militärische Operationen aktiv. Sie betrachten die NATO als Hüter der Globalisierung. Zudem sind sie gegen militärische Interventionen und glauben, dass humanitäre Aufgaben vor allem durch zivile Dienste erfüllt werden sollten. Zivile Interventionseinheiten für Monitoring, Ursachenanalyse, Versöhnung und Schutz der Zivilbevölkerung sind oberste Priorität.

Die christlichen Friedensbewegungen – in Belgien vor allem Pax Christi – stehen für Versöhnungsprozesse zwischen Konfliktparteien und aktive gewaltfreie Konfliktlösung. In der Praxis bedeutet dies für die Mitglieder, dass eine Armee nur als ultima ratio dienen kann – und zwar, wenn alle anderen Mittel gescheitert sind. Sie betrachten die Entwicklung hin zu mehr europäischer militärischer Kooperation nicht als Problem – im Gegenteil: Sie betrachten dies als Weg hin zu einer billigeren und effektiveren Politik. Damit sind sie nicht weit von den Ideen und Überlegungen entfernt, die innerhalb gewissen parlamentarischen Kreisen zirkulieren.

Die dritte Strömung – zu der sich der Autor dieses Artikels rechnet – folgt der Grundlinie der Charta der Vereinten Nationen, die besagt, dass alle Staaten souverän sind. Sie misstrauen – wie andere Mitglieder des Weltfriedensrats es tun – den Interventionsdoktrinen, die unter den politischen Akteuren zirkulieren. Vrede vzw fürchtet, dass humanitäre Probleme lediglich als Deckmantel für militärische Interventionen auf der Grundlage anderer Interessen erfolgen, d.h. ökonomischer oder geostrategischer Interessen. In unserem Kreis folgt man der Analyse, dass die Entscheidungen der intervenierenden Parteien auf deren manifesten Interessen basieren und nicht auf den Interessen der betroffenen Menschen. Ein absolutes Minimalkriterium bei der Entscheidung über die Interventionsaufgaben der europäischen Armee besteht darin, dass die Operation legal und legitim sein muss. Mit dem Wort „legal“ meinen wir, dass eine Resolution des UN-Sicherheitsrates notwendig ist. Mit „legitim“ meinen wir, dass die Operation nicht in dieser oder einer anderen Weise der Machtpolitik der intervenierenden Parteien dienen darf.

Wir betrachten die Streitkräfte lediglich als ein Element für die Verteidigung eines Staates (oder einer Gruppe von Staaten) – basierend auf der Doktrin der defensiven Verteidigung. Dies bedeutet, dass die Rüstung auf ein Niveau reduziert werden sollte, dass kein Angriff auf ein anderes Land und keine Besetzung eines anderen Landes realisiert werden kann. Bomben, Transportflugzeuge, Flugzeugträger, Panzer, Raketensysteme, Nuklearwaffen und rasche Reaktionskampfkraften sollten entsprechend dieses Sicherheitskonzeptes verboten werden. Ebenso wie die zahlreichen Akteure alternativer Globalisierung und die Bewegung gegen Gewalt betrachten wir die NATO und die Interventionsarmee der EU als Instrumente einer neoliberalen Globalisierung.

Globalisierung und Krieg

Was verstehen wir unter Globalisierung? Durch zahlreiche Krisen industrieller Überproduktion werden die zu erreichenden Profite immer geringer. Die Deregulierung ermöglichte großen Finanzinvestoren durch Börsengeschäfte leichte Gewinne auf der Basis von Spekulation. Dies stellt wiederum für den Produktions- und den Dienstleistungssektor ein neues Problem dar, da es für diese zunehmend schwierig wird, für Investoren attraktiv zu sein. Die gelingt nämlich nur, wenn hohe Profite garantiert werden können. Daher versucht man in diesen Sektoren durch alle möglichen Maßnahmen die Profite zu erhöhen. Bei diesen Maßnahmen, die zusammen genommen als Markenzeichen der neoliberalen Globalisierung gelten können, handelt es sich um:

- a. Deregulierung, d.h. die Begrenzung sozialer und ökologischer Kosten
- b. Fusionen, d.h. die Reduktion von Wettbewerb und Kostenreduktion
- c. Privatisierung, d.h. Einbindung neuer Sektoren in den Wettbewerb (Wirtschaft, Handel, Kultur, Bildung, Gesundheitsversorgung, etc.)
- d. globale Integration, d.h. Einbindung neuer geographischer Regionen in die Weltwirtschaft
- e. Branding, d.h. nicht das Produkt ist bedeutend (Qualität, Nützlichkeit, etc.), sondern die ‚Marke‘ steht im Vordergrund

Die Strategie und das Bemühen diese Entwicklungen der Weltwirtschaft überzustülpen erschien (erscheint) manchmal als Ideologie einer moralischen Überlegenheit oder als Zivilisierungsmission. Dies entspricht der Art wie Huntington die Welt sieht, es entspricht dem „Neuen Amerikanischen Jahrhundert“ der so genannten neo-konservativen Christen in den USA und es ist das, was wir als eurozentristische Positionen wahrnehmen. Und schließlich ist es genau das, was Besorgnis und einen gewissen Widerstand in Folge dieser Politik hervorruft und unter dem Sammelbegriff „islamistischer Fundamentalismus“ eingeordnet wird.

Der islamistische Fundamentalismus erhielt dann neue Macht, als es darum ging, in der afghanischen Gesellschaft gegen Ende der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts gegen die Moderne zu kämpfen. Dieser Kampf wurde während des Kalten Krieges vom Westen in seinem Kampf gegen die russische Besetzung des Landes in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts finanziert. Eine politische Weltaparthoid, in der nur für westliche Politik Raum ist, der Bruch zwischen den führenden arabischen Politikern und ihren Bürgern und die internationale Politik der Doppelstandards sind zum Teil Gründe dafür, warum der islamistische Fundamentalismus es schaffte, soziale Bedeutung zu erringen.

Der 11. September 2001 bewirkte eine Verschiebung von Diskursen und Strategien. Der Krieg gegen den Terror ist ein Krieg ohne einen klar definierten Feind, ohne klare militärische Ziele, ohne Anfang und ohne ein klares Ende. Zum Teil handelt es sich um einen offenen Krieg und zum Teil findet er vollständig unter der Oberfläche statt. Das Phänomen ist viel allumfassender als der Kalte Krieg. Im Großen und Ganzen ist das die Art und Weise eines Krieges, wie sie der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister, Donald Rumsfeldt, bezeichnet hat. „Anti-terrorism“ ist ein Kriegskonzept. Wenn allerdings der Kriegsstatus ein zeitlich unbegrenzter ist, dann besteht im Endeffekt kein Unterschied mehr zwischen Krieg und Politik.

Peter Gowan beschreibt in „The Global Gamble“ die Verknüpfung von Globalisierung und Militär folgendermaßen:

„Die großen strukturellen Bedingungen werden von den USA vorgegeben. Dies bedeutet zunächst einmal eine Dominanz des Dollars und die Möglichkeit für den Finanzminister die Wechselkurse im US-Interesse zu manipulieren und sämtliche internationale Finanzsysteme zu kontrollieren. Der Marktzugang in Schlüsselsektoren, in denen die Vereinigten Staaten führend sind (d.h. Technologie, Dienstleistungen), und in denen sie vor anderen Wettbewerbern führend bleiben wollen, ist ähnlich sensibel. Das ist die so genannte wirtschaftliche Globalisierung. Ohne einen umfassenden militärischen und politischen Schutz hätte die amerikanische Wirtschaftselite nicht das Vertrauen, um über die wichtigsten institutionellen Regeln der Weltwirtschaft Entscheidungen zu treffen.“

Oder um Negri und Hardt aus „Multitude“ zu zitieren:

„Ein besonderes Merkmal der aktuellen Geschichte ist, dass Krieg nicht mehr das letzte Element einer Kette der Machtausübung darstellt, sondern dass Krieg zum ersten und wichtigsten Faktor geworden ist; gleichsam zur Grundlage von Strategie überhaupt. Imperiale Souveränität schafft nicht mehr Ordnung indem sie den Krieg aller gegen alle beendet, sondern indem ein Regime disziplinierender Regulierung und politischer Kontrolle auf der direkten Grundlage einer permanenten Kriegsführung ausgeübt wird. Die konstante und koordinierte Anwendung von Gewalt ist zu einer notwendigen Bedingung geworden, um Disziplin und Kontrolle Raum zu geben. Krieg erfüllt eine Regulierungsfunktion: Und zwar sowohl als prozeduraler, als auch als ordnender Vorgang um soziale Hierarchien zu formen und aufrecht zu erhalten – also eine Art von ‚Biomacht‘, die darauf zielt das soziale Leben zu fördern und zu regulieren.“

In der Tat lässt sich ein wachsender politischer Drang in Richtung auf zunehmende Interventionen erkennen, der damit den wirtschaftlichen und finanziellen Interventionen folgt, die der reichere Anteil der Welt bereits durch den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation praktiziert hat, um transnationalen Organisationen höhere Profite zu ermöglichen. Aus unserer Sicht liegt hier auch die Grundmotivation für die Politik des amerikanischen Präsidenten Bush sowie für die Interventionsdoktrinen des Peacekeepings und der Friedensschaffung. Und sie ist Teil des Krieges gegen den Terror, zu dem sich auch die EU hin entwickelt. Rasche Reaktionskräfte und Kampftruppen spielen jedoch keine Rolle in unserem Sicherheitskonzept.

Der Konzept der „Responsibility to Protect“, das die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2005 konzipierte besitzt eine positive Seite, wenn man es als Ermutigung zur Verantwortung für die gesamte Menschheit betrachtet und wenn es ein Ansatz ist, der alle Völker und Nationen gleich behandelt. Auf der negativen Seite muss man die Erosion internationalen Rechts durch die intervenierenden Parteien verbuchen sobald auf diese Weise die grundlegenden Prinzipien der Souveränität und der Unverletzlichkeit des Territoriums eines jeden Staates damit verletzt werden.

Selbst wenn es sich erweist, dass eine Intervention frei von ökonomischen und geostrategischen Interessen der „global player“ ist, müssen aus unserer Sicht einige Bedingungen erfüllt sein:

1. Nur in Fällen, in denen die Möglichkeit zivilen Konfliktlösungsmanagement wirklich ausgeschöpft ist, wenn die Parteien sich hartnäckig einer politischen Lösung widersetzen und sich eine Situation gewaltsamer Auseinandersetzungen entwickelt hat, in der das Leben von Zivilisten in großem Ausmaß betroffen ist, sollte eine Intervention möglich sein.

2. Ein Mandat der Vereinten Nationen ist zentral um eine Intervention durchzuführen.
3. Militärische Operationen sollten proportional zu der Gewalt, die sich entwickelt hat, angewandt werden und darauf zielen, das Leben der Zivilbevölkerung zu schützen.
4. Die Intervention sollte einem klaren politischen Plan folgen, ein klares Mandat besitzen und auf friedliche Entwicklung in der Zeit nach der Intervention ausgerichtet sein.
5. Ein Maximum an ziviler Kontrolle über die militärischen Operationen sollte gewährleistet sein.
6. Die Intervention darf weder theoretisch noch praktisch eine unterdrückende Elite vor der Gegengewalt der Unterdrückten schützen, deren politische Arbeit von der Repression eingeschränkt wird.
7. Ein Bericht über mögliche Auswirkungen einer Intervention sollte erstellt werden, bevor die Intervention durchgeführt wird. Dieser sollte humanitäre Konsequenzen der Intervention ebenso berücksichtigen, wie die diplomatischen, politischen, militärischen und ökonomischen Konsequenzen.

Die Alternative: ‚menschliche Sicherheit‘

Trotz der Unterschiede in der Analyse, die die verschiedenen Friedensbewegungen charakterisiert, besteht hinsichtlich einer Alternative ein weiter Konsens: Dieser betrifft das Konzept von „menschlicher Sicherheit“ (human security). Im Jahr 2001 – während der belgischen EU-Präsidentschaft – machte die vereinte Friedensbewegung die Politik und die öffentliche Meinung mit diesem Konzept vertraut: Es wurde ein politisches Manifest formuliert, ein Ausstellungsbus fuhr durch das Land und verschiedene Bildungsaktivitäten wurden durchgeführt. UNDP lancierte das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ in seinem Jahresbericht 1994. Der Sicherheitsbegriff wird von der territorialen Verteidigung eines Staates auf den Bereich nachhaltiger Entwicklung verschoben. Im Zentrum dieses Sicherheitskonzeptes steht nicht mehr die Verteidigung eines Staates mit militärischen Mitteln, sondern der Schutz des Menschen in seiner direkten Umgebung; es geht also nicht mehr um externe Bedrohungen oder einen möglichen nuklearen Holocaust, sondern um den Schutz vor Armut, Hunger, Krankheit, Umweltverschmutzung oder persönliche Unsicherheit. Dieses Sicherheitskonzept der UNDP besteht aus sieben Komponenten: ökonomische Sicherheit, Nahrungssicherheit und Gesundheit, Umwelt, physische und politische Sicherheit sowie Sicherheit der Gemeinschaft.

Ökonomische Sicherheit bedeutet entsprechend von UNDP ein ausreichendes Maß an Kaufkraft, die durch ökonomische Aktivität oder durch Unterstützungsmaßnahmen seitens der Regierung entsteht.

Nahrungssicherheit meint, dass jeder Weltbürger ein ausreichendes Maß an Kalorien pro Tag zu Verfügung hat. Dies ist jedoch keine Frage der Produktionskapazitäten, sondern des Zuganges zu Nahrung. Es geht somit auch um Kaufkraft und Verteilungsfragen.

Der Aspekt der Gesundheit konzentriert sich ebenfalls auf den Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten für den einzelnen Menschen sowie auf den Zugang zu sauberem Wasser, Medizin und erfasst auch die Wohnbedingungen.

Umweltsicherheit betrifft in erster Linie die Aufrechterhaltung des Ökosystems auf Grund der zunehmenden Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, der Industrialisierung, der Luftverschmutzung, der Waldrodung sowie der extremen landwirtschaftlichen Nutzung. Schließlich gibt es Klimawandel, zunehmende Desertifikation und schmelzende Polkappen.

Persönliche Sicherheit wird entsprechend des UN-Reports durch Regierungen (durch Verhaftungen oder Folter) durch andere Staaten (Krieg), durch andere soziale Gruppen (ethnische Konflikte) sowie durch andere Individuen (Straßengewalt, Kriminalität) gegen Frauen (Vergewaltigungen, häusliche Gewalt) oder gegen sich selbst (Selbstmorde, Drogenabhängigkeit) bedroht.

Sicherheit der Gemeinschaft meint das Umfeld, in dem Menschen Schutz finden – sowohl in sozialökonomischer als auch in physischer Hinsicht. Dies umfasst je nachdem die Familie, die ethnische Gruppe oder eine politische Einheit. Der Prozess der Modernisierung gefährdet dabei vor allem traditionelle Formen der Gesellschaft.

Politische Sicherheit bedeutet, dass die Menschen in einem sozialem Umfeld leben können sollten, das ihnen die grundlegenden Menschenrechte garantiert. Dieser Aspekt ist eng mit damit verbunden, was mit Demokratie assoziiert wird.

Somit wird deutlich, dass militärische Sicherheit nur einen sehr kleinen Aspekt des gesamten Konzeptes von „menschlicher Sicherheit“ ausmacht.

Wie bereits gesagt, wird das Konzept innerhalb der belgischen Friedensbewegung allgemein akzeptiert und als Alternative zu dem offiziellen, Militär-zentrierten Sicherheitsverständnis präsentiert. Einige Politiker oder Strömungen innerhalb der politischen Parteien sind durchaus offen für diesen Vorschlag. Sie versuchen die offizielle Politik dahingehend zu beeinflussen, dass die den Fokus stärker auf die Prävention von Krieg und Gewalt legen. Für die Friedensbewegung ist es jedoch offensichtlich, dass alleine der militärische Bestandteil weiter entwickelt wird und die angesprochene Prävention lediglich – wenn auch immer mehr – in öffentlichen Reden behandelt wird.

Wenn man mit dem umfassenden Sicherheitskonzept operiert, dann ist man immer auch mit einigen Gefahren konfrontiert – insbesondere wenn es nicht direkt mit einer grundlegenden interventionskritischen Haltung verbunden ist.

Das Erklärungsmuster verschiebt sich nämlich von „Verteidigung“ zu „Sicherheit“. Und Sicherheit wird in diesem Fall ein Synonym für Entwicklung.

„Eine neue Definition von Sicherheit ist sehr willkommen. Einerseits ist Sicherheit an die Menschen gebunden und eng mit Entwicklung und sozialem Fortschritt verbunden. Andererseits fordert eine zunehmende Anzahl innerstaatlicher Konflikte in fragilen Staaten immer häufiger humanitäre Interventionen. Wenn also Sicherheit und Entwicklung näher zusammen rücken, dann werden militärische Interventionen möglicherweise immer häufiger.“ So die Überlegungen von Francine Mestrum an Institut für Politikwissenschaft der ULB.

Im Weiteren fasst sie zusammen:

Die Folge davon, dass man Entwicklung neu definiert hat, ist, dass alle Forderungen der armen Länder von der internationalen politischen Agenda verschwunden sind. So die Industrialisierung, bessere Handelsbedingungen, faire Preise für Rohmaterialien, ein Teil des Dienstleistungssektors, Technologietransfer sowie die Kontrolle der Tätigkeit von multinationalen Unternehmen. Armut wurde also auf eine Weise neu konzeptionalisiert, dass die Lösung für dieses Problem mit der neoliberalen Agenda des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zusammen fielen. Heute werden die Konzepte von Entwicklung und Armutsreduktion verwendet, als ob es sich um Synonyme handelt. Armut wird als Bedrohung betrachtet. Das ist der Grund, warum reiche Länder bereit sind, sich mit den negativen Konsequenzen, die sie selbst erfahren, auseinander zu setzen.

Ein zweites Element ist die zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) in Situationen nach Katastrophen oder Konflikten. Die Förderung von Sicherheit und Entwicklung sind schwer zu unterscheiden. So ist die Rolle zahlreicher Akteure nicht immer spezifiziert. Dies betrifft die humanitäre Hilfe (Hungernden den Zugang zu Nahrung zu ermöglichen), die Rehabilitation (die Produktion von Nahrungsmitteln) und auch die Strukturentwicklung (Straßen- und Häuserbau, Entwicklung von Institutionen).

Das dritte Element erfasst die institutionelle Dimension. Hier wird „good governance“ als wesentlich für die Entwicklung und die Armutsreduktion gesehen, so dass zahlreiche NGOs daran beteiligt sind, die Fähigkeit von Institutionen weiter auszubilden und demokratische Strukturen aufzubauen. Demokratische Strukturen, die von Außen herangetragen oder übergestülpt werden, können jedoch in Frage gestellt werden. Gleiches gilt für die Vereinbarkeit von Demokratie und neoliberaler Politik. Denn die internationalen Finanzinstitutionen bevorzugen die Einrichtung einer Demokratie, in der die Bevölkerung von der Entscheidungskompetenz ausgeschlossen ist, sobald es sich um volkswirtschaftliche Fragen handelt.

Ein viertes Element betrifft die Art und Weise, wie Entwicklungshilfe definiert wird. So versprochen die Geberländer auf der Konferenz in Monterrey im Jahr 2002 mehr Unterstützung. Allerdings ergibt sich so eine spezielle Form der Belastung. Die Reduktion von Schulden, die Rückzahlung von Schulden, die Kosten einer Asylpolitik, die unbedingt finanziert werden müssen; alle diese Maßnahmen stimulieren nicht unbedingt die Entwicklung eines armen Landes. Zum Teil wird die militärische Kooperation auch als Entwicklungshilfe verrechnet. Diese Punkte liegen derzeit auf den Diskussionstischen der OECD. Hieran erkennt man auch eine Verbindung zu dem neuen Krieg gegen

den Terrorismus. Auf diese Weise werden alle Formen der Hilfe mit den Interessen, die die Geberländer gegenüber den armen Ländern verteidigen müssen, mit ihren eigenen nationalen Interessen verbunden.

Wirkliche „menschliche Sicherheit“ erhält keine Chance, wenn die grundlegenden Ursachen von Konflikten nicht berücksichtigt werden. Die Verknüpfung von Sicherheit und Entwicklung ist nur unter der Bedingung sinnvoll, dass die Akteure tatsächlich ökonomische und soziale Entwicklung fördern wollen. Jedoch wird Entwicklung auf den Kampf gegen absolute Armut reduziert, welche dann als Bedrohung von Stabilität gedeutet wird. Dies hat weder etwas mit ökonomischer oder sozialer Politik, noch mit wirtschaftlichen oder sozialen Rechten zu tun. Dies ist vielmehr eng mit der neoliberalen Politik, der Kontrolle und der Unterdrückung durch Polizei und Armee, verbunden. Sicherheit wird nun als ein Begriff präsentiert, der nicht-militärischen Inhalt hat und auf den Menschen und nicht auf den Staat Bezug nimmt. Doch auch diese Art von Sicherheit benötigt immer noch das Militär um garantiert zu werden.

Soweit die Zusammenfassung der Überlegungen von Francine Mestrum.

Schlussfolgerung

Sicherheit ist ein umfassendes Konzept, in dem militärische Aspekte nur eine Nebenrolle spielen, nämlich vor dem Hintergrund der Verteidigung eines Landes oder einer Gruppe von Ländern bei einem militärischen Angriff. Die anderen Bestandteile eines breiten Friedenskonzeptes sind von militärischen Überlegungen nicht betroffen. Daher lehnen wir die Formulierung einer Verteidigungspolitik, die auf der Doktrin der Intervention basiert, ab.

Die Europäische Union verfügt über eine Reihe von Tätigkeitsfeldern, in der sie ein globaler Friedensakteur sein könnte: Handel, Landwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit, Außenpolitik, ihre Position gegenüber Klimawandel, usw. Sie sollte aufhören zu versuchen, den Rest der Welt für ihre eigenen Dienste einzusetzen und sich stattdessen wirklich mit den Interessen jedes Bürgers auf der Welt befassen.

Dies bedeutet, dass die Alternative, die die belgische Friedensbewegung vorschlägt – das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ entsprechend den Überlegungen von UNDP – stets in einem Rahmen eingepasst werden muss, der anti-neoliberal ausgerichtet ist und dessen Ausrichtung auf einer maximalen Distanzierung von militärischer Intervention basiert.

Legende ausgewählter belgischer politischer Parteien der einzelnen Parlamente

Flandern:

VLD: flämische liberal-demokratische Partei

Sp.a.: sozialdemokratische Partei

CD&V: christdemokratische Partei

Groen!: grüne Partei

Vlaams Belang: extreme rechte flämisch-nationalistische Partei

Französischsprachender Landesteil:

PS: sozialdemokratische Partei

CdH: christdemokratische Partei

MR liberale Partei

Ecolog: grüne Partei

FN: extreme Partei des rechten Flügels